



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**21. Sitzung des Bauausschusses**

Sitzungstermin:	Montag, 07.10.2024
Sitzungsbeginn:	16:06 Uhr
Sitzungsende:	19:27 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck
<b>Anwesende Mitglieder</b>	
<b>Vorsitz</b>	
Dr. Ulrich Brock - CDU	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Kristin Blankenburg - SPD & FW	Bis TOP 6.2
Julian Lange - SPD & FW	
Sascha Luetkens - LINKE & GAL	
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin	
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Stephan Wisotzki - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Jan Ingwersen - CDU	Vertretung für: Herrn Jochen Mauritz
Günther Frings - Unabhängige Volt-PARTEI	Vertretung für: Herrn Thomas Jahn
Ulrich Pluschkell - SPD & FW	
Oliver Prieur - CDU	
Holger Schöler - SPD & FW	
Jörg Sellerbeck - CDU	Bis TOP 6.4.5
Dan Teschner - FDP	
Klaudia Kohlfarber - SPD & FW	Ab TOP 6.2 als Vertretung für AM Blankenburg
<b>Beiratsmitglieder</b>	
Götz Gebert - Beirat für Senior:innen	Bis TOP 6.4.1
Joachim Schulz - Naturschutzbeirat	Bis TOP 6.4.1
Paul-Helmut Ollrogge - Beirat für Senior:innen	Nur öffentlicher Teil
<b>Verwaltung</b>	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Ulrike Schölkopf - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil

Karsten Schröder - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	
Dirk Dreilich - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Annette Höhn - 5.691 Lübeck Port Authority	Nur öffentlicher Teil
Jens Johannsen - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Timo Peters - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Markus Schill - 5.000.1 Stabsstelle Verkehrsfluss und Geo-Services	Nur öffentlicher Teil
Michael Stödter - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Nur öffentlicher Teil
Christian Stolte - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Nur öffentlicher Teil
Björn Ulmer - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Bis TOP 6.4.1
Dietmar Weiß - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Bis TOP 5.1
Anton Wetzels - 5.000.1 Verkehrsfluss und Geo-Services	Nur öffentlicher Teil
<b>Protokollführung</b>	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
<b>Gäste</b>	
Olivia Kempke - Lübeck Management e.V.	Nur öffentlicher Teil
Lutz Kuwalsky - Tram für Lübeck e.V.	Bis TOP 3.2
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Jochen Mauritz - CDU	Entschuldigt abwesend
Jörn Twesten - AfD	Entschuldigt abwesend
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Thomas Jahn - Unabhängige Volt-PARTEI	Abwesend

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.09.2024	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.09.2024	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Entwurf einer Satzung der Hansestadt Lübeck über die Zahl, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen oder Garagen sowie Abstellanlagen für Fahrräder (Stellplatzsatzung).	<b>VO/2024/12987</b>
3.2	5. Regionaler Nahverkehrsplan (RNVP)	<b>VO/2024/13416</b>
3.3	Verkehrsentwicklungsplan - Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn	<b>VO/2024/13418</b>
3.4	Fortführung der Maßnahme "Lübeck-Travemünde, Skandinavienkai, Umbau Anleger 5PLUS - bedarfsgerechte Entwicklung der Anlegersituation"	<b>VO/2024/13515</b>
3.5	Projektfreigabe inklusiver Quartierspark Beim Drögenvorwerk in der Hansestadt Lübeck - "Tremser Park"	<b>VO/2024/13419</b>
4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
4.1	DIE LINKE: Mit verbessertem ÖPNV die Verkehrswende stärken, Nachtverkehr einführen und Taktung im Tagverkehr anpassen	<b>VO/2023/11909</b>
4.2	Fraktion LINKE & GAL: Absenken von Bordsteinkanten	<b>VO/2024/13546</b>
4.3	Fraktion LINKE & GAL: Kostenzuordnung zu den Verkehrsarten im Straßen- und Wegebau	<b>VO/2024/13583</b>
5	Berichte	
5.1	Gutachten Herreninsel	<b>VO/2024/13147</b>
5.1.1	Wohnnutzung Herreninsel	<b>VO/2024/13147-03</b>
5.2	5. Regionaler Nahverkehrsplan - Verkehrswendeszenario	<b>VO/2024/13415</b>
5.3	Evaluation zum Verkehrsversuch Fackenburger und Krempeisdorfer Allee	<b>VO/2024/13439</b>

5.4	Der Verkehrsversuch als modernes Instrument der Verkehrsplanung und Testraum für die Mobilitätswende	<b>VO/2024/13504</b>
5.5	Beteiligung feste Fehmarnbelt-Hinterlandanbindung	<b>VO/2024/13553</b>
5.6	Anbindung der nördlichen Altstadt während der Baumaßnahme Beckergrube	<b>VO/2024/13316</b>
6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
6.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.1.1	Antworten zu offenen Anfragen zum Haushalt 2025	
6.2	Neue Anfragen	
6.2.1	AM Ruben Meyer BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Sachstand Überarbeitung Erhaltungssatzungen	<b>VO/2024/13602</b>
6.2.2	Anfrage des AM Thomas Jahn (Unabhängige Volt-PARTEI): Geh- und Radverkehr von der Stadtgrabenbrücke in die Innenstadt	<b>VO/2024/13610</b>
6.2.3	Anfrage AM Pluschkell: Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	<b>VO/2024/13611</b>
6.2.4	BM Oliver Prieur (CDU): Wasseransammlung unter der Fahrbahn der Eisenbahntrassenunterführung in der Kronsforder Allee	<b>VO/2024/13624</b>
6.2.5	Anfrage des AM Frings (UVP): Nachfrage zur Antwort der Verwaltung auf Anfrage zur Investitionsliste des Haushaltsentwurfs 2025	
6.2.6	Anfrage des AM Pluschkell (SPD & FW): Haushaltsmittel für die Sandbergbrücke	
6.2.7	Anfrage des AM Prieur (CDU): Abflussleitung Beckergrube	
6.2.8	Anfrage des AM Ramcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ladepunkte für e-Autos	
6.2.9	Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Ladekarten für Ladesäulen	
6.2.10	Anfrage von AM Pluschkell (SPD & FW): Fragen und Anregungen zur Stellplatzsatzung	
6.3	Mitteilungen des Vorsitzenden und der Fachbereichsleitung	
6.4	Sonstige Mitteilungen	
6.4.1	Mündliche Mitteilung (5.660): Zustandserfassung der Straßen	

6.4.2	Mündliche Mitteilung (5.000.1): Kronsfordter Landstraße	
6.4.3	Mündliche Mitteilung: Stand der Planungen für das Parkhaus auf der mittleren Wallhalbinsel	
6.4.4	Mündliche Mitteilung: Anbindung der nördlichen Altstadt während der Baumaßnahme Beckergrube	
6.4.5	Mündliche Mitteilung: Verkehrsführung an Berliner Platz und Lindenteller	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag des AM Dr. Brock (CDU): Hotelentwicklung Altstadt Holstenstraße (ehemals Karstadt Sport)	
7.2	Antrag des AM Dr. Brock (CDU): Hotelentwicklung Königsstraße 44-46	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

<b>zu 1      Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen</b>
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

TOP 5.1.1      Wohnnutzung Herreninsel (VO/13147-03)

TOP 11.1      Beginn der Ausschreibung von Dienstleistungen über 175.000 EUR Glasreinigung Gewerk: Gebäudereinigung (VO/2024/13588)

Der Vorsitzende stellt den Antrag die genannten TOP im Wege der Dringlichkeit zu behandeln.

*Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.*

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen.

*Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.*

Herr Gebert wünscht, dass die Vertreter des Senior:innenbeirats bei der Behandlung von TOP 13.3.1 anwesend sein dürfen.

Der Vorsitzende bittet um eine Begründung.

Herr Gebert erklärt, dass der Senior:innenbeirat ein grundsätzliches Interesse an den aktuellen Bauvorhaben haben würde und man ohnehin zur Verschwiegenheit verpflichtet sei.

Der Vorsitzende entgegnet, dass es sich hierbei um eine generelle Forderung handle, die er durch den Bereich Recht überprüfen lassen wolle. Da hier die privaten Interessen und Daten der Bauantragsteller betroffen seien, könne er dies nicht direkt beurteilen, ob der Senior:innenbeirat an der Behandlung dieses TOP teilnehmen könne.

AM Pluschkell fragt, wann die von der Verwaltung zugesagte Vorlage zu den B-Plänen in Travemünde vorliege.

Herr Schröder sagt zu, dass die Vorlage im November in die Gremien gegeben werden soll.

Herr Ollrogge sagt, dass ihm die Unterlagen zur Nachtragstagesordnung nicht zugeschickt worden seien.

Herr Wendorff weist darauf hin, dass die Unterlagen zur Nachtragstagesordnung den Bauausschussmitgliedern nicht gesondert zugesendet werden.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, TOP 3.2, TOP 3.3, TOP 5.2 und TOP 4.1 gemeinsam zu behandeln.

*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

Der Vorsitzende stellt den Antrag, TOP 5.6 und TOP 6.4.4 gemeinsam zu behandeln.  
*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

Der Vorsitzende stellt den Antrag, TOP 5.3 und TOP 5.4 gemeinsam zu behandeln.  
*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

Der Vorsitzende stellt den Antrag, TOP 5.1 und TOP 5.1.1 gemeinsam zu behandeln.  
*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

Der Vorsitzende beantragt, den TOP 3.5 von der Tagesordnung zu nehmen, da die Bürgerschaft beschlossen habe, dass die Verwaltung die Vorlage überarbeiten solle.  
*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung von TOP 7.1 und TOP 7.2 auf die erste Sitzung des Bauausschusses im Dezember.  
*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

Der Vorsitzende beantragt, TOP 5.1 und TOP 5.1.1 vorzuziehen und im Anschluss daran TOP 3.2, TOP 3.3, TOP 5.2 und TOP 4.1 vorzuziehen.  
*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

*Der Bauausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse.*

<b>zu 2      Genehmigung der Niederschrift</b>
--

<b>zu 2.1      Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.09.2024</b>
---

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

<b>zu 2.2      Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.09.2024</b>
---

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

<b>zu 3      Beschlussvorlagen</b>
------------------------------------

<b>zu 3.1      Entwurf einer Satzung der Hansestadt Lübeck über die Zahl, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen oder Garagen sowie Abstellanlagen für Fahrräder (Stellplatzsatzung). Vorlage: VO/2024/12987</b>
---

Der Vorsitzende fragt, ob sich durch die Neuerungen in der LBO Änderungsbedarfe ergeben würden.

Herr Stolte antwortet, dass die Änderungen geprüft worden wären, aber nichts Relevantes entdeckt worden sei.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung, da es in seiner Fraktion noch Beratungsbedarf hinsichtlich des Maßes der einzelnen Stellplatzforderungen gebe.

AM Pluschkell erklärt, dass seine Fraktion der Verwaltung noch einen Fragenkatalog überreichen wolle. Die Fragen sind unter TOP 6.2.9 aufgeführt.

Der Vorsitzende lässt über seinen Vertagungsantrag abstimmen.

*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 3.2 5. Regionaler Nahverkehrsplan (RNVP)**  
**Vorlage: VO/2024/13416**

***Gemäß TOP 1 werden TOP 3.2, TOP 3.3, TOP 4.1 und TOP 5.2 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.2 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.***

Herr Stolte und Herr Stödter stellen die Bausteine der ÖPNV-Strategie anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor. Sofern es gewünscht sei, könne zur nächsten Sitzung der Gutachter eingeladen werden, der das Thema der Stadtbahn im Detail erläutern könne.

Der Vorsitzende dankt für die Vorstellung. Er würde für seine Fraktion darum bitten, in der nächsten Sitzung die Planungen zur Stadtbahn vorstellen zu lassen.

AM Wisotzki erkundigt sich, ob der schlechtere Modal Split-Anteil der Straßenbahn bedingt sei durch die Limitierung auf vier Linien in der Untersuchung, oder ob dies im Kosten-Nutzen-Verhältnis schon das Ideal sei.

Herr Stödter führt aus, dass es gutachterlicherseits empfohlen worden sei, nicht mit noch mehr Linien zu planen aufgrund der technischen und juristischen Hürden in der tatsächlichen Machbarkeit. Das Problem mit weiteren Linien könnte sein, dass dies das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Netzes insgesamt negativ beeinträchtigen und dadurch die Förderwürdigkeit des Projektes in Frage stellen könne.

Herr Stolte ergänzt, dass eine Linie nach Moising geprüft worden sei, aber die Verkehrswege in diese Richtung bereits völlig überlastet seien. Der Moisinger Baum sei ein Nadelöhr, die einzige Möglichkeit sei eine eigene Querung über die Trave für die Straßenbahn. Das sei zwar grundsätzlich umsetzbar, allerdings sei angesichts der Kosten für dieses schwierige Ingenieurbauwerk fraglich, ob dies eine sinnvolle Maßnahme sei.

AM Blankenburg sagt, dass dargestellt sei, dass bei einer Ausweitung des Busverkehrs das Verkehrsnetz überlastet sei. Sie wolle wissen, wie sich dies mit einer Straßenbahn verhalte. Herr Stödter antwortet, dass die Straßenbahn das Verkehrsnetz in deutlich geringerem Umfang belaste. Als Beispiel erklärt er, dass in der Wahnstraße eine Straßenbahn im 10-Minuten-Takt mehr Gäste befördern könne, als es mit Bussen im 5-Minuten-Takt möglich sei, wie im 5. RNVP vorgesehen.

AM Luetkens führt aus, dass das Gutachten die Annahme treffe, dass die Maßnahmen zur Straßenbahn zu 90% förderfähig seien und subsumiere, dass eine Rentabilität gegeben sei. Insofern komme in dem Gutachten zwar eine Ablehnung vor, aber es werde dennoch anerkannt, dass die Straßenbahn möglicherweise rentabel sei. Er würde auch darum bitten, dass das Gutachten am 04.11.2024 noch einmal vorgestellt werde. Er wolle wissen, wie sich die Geschwindigkeit der Verkehre unabhängig von Takt verhalte. Weiterhin laufe LüMo bis Ende des Jahres ab und das Nachfolgemodell komme erst 2026. Er kritisiere, dass dieses Modell einfach so abgeschafft werde. Wenn dies früher bekannt gewesen wäre, hätte hier nachgesteuert werden können. Bzgl. seines Antrags unter TOP 4.1 sei der Teil der Taktverdichtung abgearbeitet, aber die Frage nach den Nachtfahrten bestehe weiterhin.

Herr Stolte berichtet, dass der RNVP ein Verkehrsnetz für die Hauptverkehrszeiten entwickelt habe, eines für Nachtverkehre habe man nicht mehr schaffen können. Das LüMo nur bis 2026 laufen würde, sei schon immer so gewesen, da es nur ein zeitlich befristetes Forschungsvorhaben gewesen sei. Derzeit würde auf ein Nachfolgekonzept für den Nahverkehr hingearbeitet werden.

AM Luetkens kritisiert, dass er nicht verstehe, warum LüMo Ende dieses Jahres auslaufe und dann erst 2026 die Nachfolge kommen solle.

Herr Stolte entgegnet, dass dies nicht korrekt sei. Die dritte Förderphase würde seiner Kenntnis nach gerade erst beginnen und bis 2026 laufen.

AM Luetkens zieht seinen Antrag unter TOP 4.1 zurück.

AM Pluschkell bemerkt, dass viele Darstellungen in dem Gutachten die Straßenbahnflächen als grüne Landschaften zeigen würden, welche Auto- und Radverkehr nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Er wolle wissen, wie diese Verkehre dann noch bewältigt werden sollen.

Herr Stolte führt aus, dass es sich hierbei um die Kernfrage der Verkehrswende handle, wie der öffentliche Raum aufgeteilt werden solle. Idealerweise werde eine Straßenbahn auf eigenen Gleisen geführt, die dann auch begrünt werden könnten. Wenn sie auf der Straße geführt werden würde, sei sie nicht schneller als ein Bus. Und die Einrichtung einer Straßenbahn würde auch auf Kosten des Autoverkehrs gehen, daher müsse vor der Erstellung des Verkehrsentwicklungsplans geklärt werden, ob eine Straßenbahn gewünscht sei.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Themenkomplex der Straßenbahn auch noch in der nächsten Sitzung diskutiert werden könne.

AM Ramcke dankt für die umfangreichen Unterlagen. Wenn er das Gutachten lese, lese er aber, dass das Gutachten eine positive Bewertung der Straßenbahn vornehme, weswegen er es für ungewöhnlich halte, dass die Verwaltung nicht die Einrichtung einer Straßenbahn empfehle.

Herr Stolte erklärt, dass die Potentialanalyse der Straßenbahn erstmal feststellen sollte, ob es in der Stadt überhaupt Korridore für die Straßenbahn gebe und eine Straßenbahn prinzipiell umsetzbar sei. Dies sei auch beides der Fall, der erzielbare Modal Split-Wert sei allerdings überraschend niedrig. Es gebe viele Befürworter einer Straßenbahn, aber die Implementierung einer solchen habe massive Hürden. Und auch mit einer vollen Förderung würden für die Hansestadt Lübeck Kosten in Höhe von einigen hundert Millionen Euro entstehen. Weiterhin gebe es aufgrund der aktuellen Baustellensituation bereits Unmut in der Bevölkerung, dabei sei die aktuelle Situation noch gar nichts gegen die Änderungen, die für die Einführung einer Straßenbahn nötig wären. In einigen anderen Städten, bspw. in Regens-

burg, sei es etwa dazu gekommen, dass die Bevölkerung zu spät realisiert habe, was der Beschluss zur Implementierung einer Straßenbahn bedeute und dann ganz kurz vor der Umsetzung das Projekt gestoppt worden sei. Um ein so großes Projekt umsetzen zu können, bedürfe es einer allgemeinen Anfangseuphorie für das Projekt, und die Verwaltung bezweifle, dass der Modal Split-Wert von 15,4% ausreiche, um diese Euphorie auszulösen.

AM Ramcke weist darauf hin, dass die Straßenbahn niedrigere Betriebskosten habe und dieser Umstand gegen die benötigten Investitionen gegengerechnet werden müsse. Über die Lebensdauer der Straßenbahn rechne sich dadurch ggf. die Investition.

Herr Kuwalsky vom Verein Tram für Lübeck e.V., der vom Bauausschuss Rederecht erhalten hat, plädiert für die Implementierung einer Straßenbahn in Lübeck in die Planungen des Verkehrsentwicklungsplans.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Rednerliste zu schließen.

*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

AM Frings führt aus, dass sich Lübeck durch seine Altstadtinsel in einer einzigartigen Lage befinde und keine der Brücken in der Lage sei, eine Straßenbahn zu tragen. Sollten diese dafür ertüchtigt werden, würde dies hohe Kosten nach sich ziehen. Mit Blick auf die aktuelle Haushaltsdebatte könne er nicht nachvollziehen, wie eine Straßenbahn finanziert werden solle. Dafür müssten hohe Kredite aufgenommen werden, und das Geld, welches für die Tilgung dieser Kredite aufgewendet werden müsste, fehle dann für Maßnahmen an Schulen, Straßen und Brücken. Er bittet in Bezug auf den 5. RNVP um Aufnahme eines Schnellbusses von Travemünde nach Bad Schwartau. Nach den angegebenen Änderungen solle der Halt in Teutendorf entfallen, dadurch müssten die Anwohner aber 600-800 Meter zur nächsten Haltestelle laufen. Außerdem sei LüMo in Travemünde eine Sache, die gut genutzt werden könne, da nachts kaum Busse fahren würden. Zudem weist er darauf hin, dass eine Regio-S-Bahn-Linie von Lübeck zum Strandbahnhof in Travemünde im Viertelstundentakt bedeute, dass der Bahnübergang achtmal pro Stunde, also insgesamt knapp 12 Minuten geschlossen bleiben müsse. Dadurch würden alle anderen Verkehre, auch der Busverkehr, aufgehalten werden.

AM Blankenburg sagt, dass die Straßen nicht mehr Busverkehre aufnehmen könnten, für die Straßenbahnen müssten allerdings bauliche Maßnahmen ergriffen werden. Für die Busse könnten aber auch eigene Spuren eingerichtet werden. Außerdem wolle sie wissen, wie eine Straßenbahn die Personalbedarfe optimiere, da eine Straßenbahn auch gesteuert werden müsse.

Herr Stödter erklärt, dass eine Straßenbahn eine höhere Kapazität habe und so viele Personen befördern könne wie drei bis vier Gelenkbusse. Weiterhin gebe es den sog. „Schiennenbonus“, Straßenbahnen würden als attraktiver wahrgenommen werden als Busverkehr. Die Straßenbahn schaffe selbst mit einer geringeren Taktung mehr Fahrgäste. Es brauche für die Bahn bauliche Maßnahmen, eigene Spuren ließen sich dafür aber nur auf den breiten Ein- und Ausfallstraßen der Stadt einrichten, im Umfeld der Innenstadt sei dies nicht mehr möglich. Hier gebe es z. B. in der Wahnstraße ein Nadelöhr, wo Begegnungsverkehr nicht möglich sei und mit Gleisverschlingungen gearbeitet werden müsse.

AM Pluschkell konstatiert, dass es ihn nicht wundere, dass der ermittelte Modal Split-Anteil im Straßenbahnszenario so niedrig sei, da es nur vier Linien gebe und die Zuführung zu diesen Linien über Busse erfolge. Die Fahrgäste würden aber keine Umsteigevorgänge mögen. Was er noch wissen wolle seien die Brückenkosten, da diese nicht erwähnt seien. Außerdem müsse auf langen Strecken geprüft werden, wie die Straßenbahn mit anderen Infrastrukturmaßnahmen der Stadt, wie etwa dem Fernwärmenetz, zusammenpasse. Er bittet, dieses Thema in der Vorstellung am 04.11.2024 zu beachten. Der RNVP sei gelungen, aber es sei immer der Wunsch gewesen, dass die Buslinien in Travemünde bis zum Bahnhof geführt werden sollen, was hier nicht vorgesehen sei. Außerdem irritiere, dass die Linien aus Bad Schwartau über die Marienbrücke geleitet werden würden, Linien aus Moisling nur noch zur

Untertrave, aber nicht mehr in die Innenstadt geführt werden würden und die Linie 5 in beiden Richtungen nun über den Lindenplatz geführt werde. Er erkundigt sich, ob die Linie vom Kaufhof zum Hochschulstadtteil direkt bei der Hochschule oder nur in dem Gebiet des Campus enden solle.

Herr Stödter erläutert, dass es die Zielsetzung des Gutachtens gewesen sei, ein Netz zu entwickeln, welches möglichst viele Potentiale aufgreife. Die genannten Änderungen seien ein Teil dessen. Die Schnellbusse aus Travemünde würden am UKSH enden, da das Verkehrsmodell aufzeige, dass das Fahrgastpotential dann höher sei. Dass die Linie 5 nun in beiden Richtungen über den Lindenplatz geführt werde, werde von SWL mobil mitgetragen. Dass die Linie aus Bad Schwartau über die Marienbrücke geführt werde, sei dadurch begründet, dass es immer ein Liniengleichgewicht am ZOB geben müsse. Dadurch könne ebenfalls mehr Potential aus dem Stadtteil Vorwerk erschlossen werden und Bad Schwartau erhalte eine direktere Verbindung. Bezüglich der Anbindung an den Hochschulstadtteil sei eine Linie vorgesehen, die im 30-Minuten-Takt zu dem Bahnhalteteil im Hochschulstadtteil fahre und eine, die nur bis zu dem Hochschulstadtteil gehe. Der Begriff Campus sei hier weiträumiger gedacht.

Herr Pluschkell fragt, welche Verbindungen priorisiert werden würden.

Herr Stödter antwortet, dass die Linie vom Kaufhof zum Campus viel Potential habe, weswegen diese schnell umgesetzt werden solle.

Herr Stolte ergänzt, dass die Kosten für die Brücken in der Straßenbahn-Vorlage enthalten seien, aber nur als Pauschalwerte. Im Zuge einer Machbarkeitsstudie würden diese Kosten neu bewertet werden und vermutlich auch höher ausfallen.

AM Ingwersen fragt, wie lang eine Straßenbahn sei.

Herr Stödter antwortet, dass die Maximallänge einer Straßenbahn nach STVO bei 76 Metern liege, aber die Straßenbahnen für Lübeck vermutlich kürzer ausfallen würden.

AM Ingwersen möchte wissen, ob geprüft worden sei, mit Doppelgelenkbussen zu arbeiten.

Herr Stödter entgegnet, dass der Gutachter geraten habe, dies aufgrund der benötigten Platzverhältnisse nicht zu prüfen. Diese Bussen würden sehr stark ausschwenken und seien darüber hinaus auch technisch sehr anfällig. In Deutschland würden diese daher, soweit es ihm bekannt sei, nicht mehr genutzt werden.

Der Vorsitzende fragt, ob über die Kosten der Umsetzung bei der jeweiligen Maßnahme einzeln entschieden werde, und dies nicht direkt über einen Bürgerschaftsbeschluss zu den heute behandelten Vorlagen erfolge.

Herr Stolte bejaht dies, aber das Bekenntnis der Politik helfe beim Umbau des Busnetzes.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob sein Eindruck korrekt sei, dass ein Linienoptimierungsnetzverfahren durchgeführt worden sei, in welchem die Linien aufeinander abgestimmt worden seien und deswegen dazu geraten werde, von Einzelmaßnahmen und -wünschen, die aus der Bevölkerung an die Politik herangetragen würde, abzusehen.

Herr Stolte bestätigt, dass diese Auffassung korrekt sei und spricht sich deutlich dagegen aus, Änderungen aufgrund von vereinzelt Wünschen zu beschließen. Das Netz sei mit dem Verkehrsmodell optimiert für die höchstmögliche Nachfrage. Einzelne Änderungen würden das Netz insgesamt wahrscheinlich verschlechtern. Es könne im Einzelfall vorkommen, dass jemand durch die Änderungen nicht mehr über eine persönliche perfekte Anbindung verfüge, aber dafür werde es deutlich mehr Personen geben, für die sich die Netzanbindung verbessere.

AM Ramcke bittet um eine Unterbrechung der Sitzung.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 17:53 Uhr. Die Sitzung wird um 18:02 Uhr fortgesetzt.

## Beschluss:

Der 5. RNVP der Hansestadt Lübeck (2024-2028) wird beschlossen und somit der mittelfristige Rahmen für die Entwicklung des straßengebundenen ÖPNV in Lübeck festgelegt.

Dazu wird der Bürgermeister beauftragt,

1. das neue ITF-Konzept gemäß den Vorgaben des 5. RNVP für den Busverkehr umzusetzen,
2. jährlich anlässlich der Haushaltsberatungen über den Fortschritt zu berichten,
3. ein Konzept für die Bedienung in der Nachtverkehrszeit zu erstellen, welches sich z. B. am Schichtbetrieb in Gewerbegebieten orientiert.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

<b>zu 3.3    Verkehrsentwicklungsplan - Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn Vorlage: VO/2024/13418</b>
---

***Gemäß TOP 1 werden TOP 3.2, TOP 3.3, TOP 4.1 und TOP 5.2 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.2 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.***

Der Vorsitzende stellt den Antrag, TOP 3.3 auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Für den Antrag:     13 Stimmen

Gegen den Antrag:  1 Stimme

*Der Bauausschuss beschließt mehrheitlich die Vertagung des TOP 3.3.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 3.4 Fortführung der Maßnahme "Lübeck-Travemünde, Skandinavienkai, Umbau Anleger 5PLUS - bedarfsgerechte Entwicklung der Anlegersituation"  
Vorlage: VO/2024/13515**

Hierzu reden AM Frings und Frau Höhn.

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Maßnahme „Lübeck-Travemünde, Skandinavienkai, Umbau Anleger 5PLUS - bedarfsgerechte Entwicklung der Anlegersituation“ fortzuführen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**zu 3.5 Projektfreigabe inklusiver Quartierspark Beim Drögenvorwerk in der Hansestadt Lübeck - "Tremser Park"  
Vorlage: VO/2024/13419**

*Gemäß TOP 1 von der Tagesordnung gestrichen.*

**zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 4.1 DIE LINKE: Mit verbessertem ÖPNV die Verkehrswende stärken, Nachtverkehr einführen und Taktung im Tagverkehr anpassen  
Vorlage: VO/2023/11909**

***Gemäß TOP 1 werden TOP 3.2, TOP 3.3, TOP 4.1 und TOP 5.2 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.2 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.***

**Antrag:**

Die Bürgerschaft möge beschließen:

A) Die Buslinien des SV Lübeck 1,2,3,5,6,7,9, 10 und 11, 12 und 16 fahren ab dem 31.08.2023 zwischen 0:30 Uhr und 5:00 Uhr mindestens einmal stündlich.

B) Die Buslinien des SV Lübeck 1,2,3,5,6,7,9, 10, 11,12 und 16 fahren ab dem 31.08.2023 von 5:00 Uhr bis 20:00 Uhr in einer Taktung von maximal 15 Minuten. Zwischen 19 und 24 Uhr sowie auf allen weiteren Buslinien darf eine Taktung von 20 Minuten nicht überschritten werden.

*AM Luetkens zieht den Antrag zurück.*

<b>zu 4.2      Fraktion LINKE &amp; GAL: Absenken von Bordsteinkanten</b> <b>Vorlage: VO/2024/13546</b>
--

Der Vorsitzende erklärt, dass es sich seiner Ansicht nach bei dem Antrag um allgemeines Verwaltungshandeln handle. Er wolle aber darauf hinweisen, dass es in der Falkenstraße zu enormer Pfützenbildung komme.

AM Wisotzki regt an, Gehweg-Nasen für Fußgänger in schlecht einsehbaren Straßenräumen einzurichten.

Herr Dreilich berichtet, dass er den Antragsinhalt positiv bewerte und die Anregung mit den Gehweg-Nasen bereits umgesetzt werde. Es gebe auch noch entsprechende Aufträge aus dem Bauausschuss, etwa am Kolberger Platz. Die Maßnahme solle in einer der nächsten Sitzungen dem Bauausschuss vorgestellt werden.

Der Vorsitzende regt an, den Antrag zurückzustellen, bis die Verwaltung hierzu berichtet. AM Luetkens stimmt dem zu.

AM Pluschkell weist darauf hin, dass es an vielen Straßen mit gepflasterter Fläche schwierig sei, diese mit einem Rollator zu überqueren. Er bitte darum, im Einzelfall zu prüfen, dort Stellen für den Übergang zu asphaltieren. Ein Beispiel sei die Georgstraße, Ecke Prießstraße.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

<b>zu 4.3      Fraktion LINKE &amp; GAL: Kostenzuordnung zu den Verkehrsarten im Straßen- und Wegebau</b> <b>Vorlage: VO/2024/13583</b>
--

Der Vorsitzende erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag nicht folgen wolle, da das aktuelle System der Berichterstattung nicht verlassen werden solle und eine Vergleichbarkeit der Berichterstattung gewünscht sei. Es sei bereits ein Bericht angekündigt worden, bevor dieser nicht vorliege, wolle man das Thema nicht angehen.

AM Luetkens fragt, wann der Bericht vorliege.

AM Ramcke bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung.

Senatorin Hagen führt aus, dass die Verwaltung die Kosten bereits transparent gestalte und dadurch auch eine Vergleichbarkeit über die Jahre gegeben sei. Was der ADFC vorschlage sei ein möglicher, aber eher akademischer Ansatz, der sich aus einer aktuellen Publikation ergebe, der aber für die praktische Arbeit der Verwaltung nicht entscheidend sei. Es stelle sich die Frage, ob der Ansatz des ADFC überhaupt praxistauglich sei.

Herr Peters erläutert das aktuelle Prozedere.

Der Vorsitzende bittet darum, dass die Verwaltung in einer Präsentation vorstelle, wie die Verwaltung mit dem Thema in den letzten drei Jahren umgegangen sei. Ggf. sei der Antrag danach auch hinfällig.

Herr Peters sagt zu, das aktuelle Prozedere anhand von Beispielen zu erläutern.

Der Vorsitzende beantragt, den Antrag zu vertagen, bis die Verwaltung hierzu berichtet.  
*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

<b>zu 5</b>	<b>Berichte</b>
-------------	-----------------

<b>zu 5.1</b>	<b>Gutachten Herreninsel</b> <b>Vorlage: VO/2024/13147</b>
---------------	---

***Gemäß TOP 1 werden TOP 5.1 und TOP 5.1.1 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.1 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.***

AM Wisotzki fragt, ob auf der Grundlage dieses Berichts das Wohnen verstetigt werden könne oder ob dazu ein B-Planverfahren eröffnet werden müsse.

Der Vorsitzende erkundigt sich ergänzend dazu, ob eine Bebauung oder die bereits bestehende Wohnnutzung im Bereich Siems und Herrenwyk bereits einen unlösbaren Konflikt mit dem Hafенbetrieb der anliegenden Unternehmen auswirft und ob ein Drei-Schicht-Betrieb der Hafенflächen überhaupt möglich sei. Wenn ein Nachtbetrieb schon in der aktuellen Lage nicht möglich sei, würde man ggf. ohne Grund auf eine Wohnbebauung verzichten. Diese Frage müsse noch untersucht werden. Wichtig sei es, den vor Ort lebenden Menschen eine Perspektive zu geben, andererseits müssten die unterschiedlichen Nutzungen auch möglich sein, etwa als Mischgebiet. Dies sei aber dann eine sehr umfassende Bebauungsplanung. Bislang sei immer auf die Neuaufstellung des F-Plans verwiesen worden, es gebe aber das Bedürfnis, die Situation auf der Herreninsel zu lösen. Der Zustand sei nicht dauerhaft tragbar.

Herr Stolte führt aus, dass es noch keine endgültige Lösung oder Perspektive gebe, die Bewohnenden aber die Sicherheit hätten, auf der Herreninsel wohnen bleiben zu können. Es gebe die Lösung, dies in einem B-Planverfahren zu verstetigen; ob dieser dann ein Wohngebiet oder ein Mischgebiet festsetze, sei zu prüfen. Was er nicht beantworten könne sei, ob ein Drei-Schicht-Betrieb durch die bestehende Wohnnutzung in Siems und Herrenwyk bereits jetzt unmöglich sei.

Herr Weiß ergänzt, dass man sich der Konsequenzen einer Entscheidung bewusst sein müsse. Es sei ein Unterschied, zwei oder fünf Lärmschutzfälle prüfen zu müssen. Mit der weiteren Hafенentwicklung werde es auch in Zukunft nicht einfacher.

Herr Stolte fügt an, dass es denkbar sei, dass ein Drei-Schicht-Betrieb nur dann möglich sei, wenn zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden würden. Mehr Wohnnutzung in der Umgebung würde höhere Aufwendungen nach sich ziehen.

Der Vorsitzende fragt, ob der Konflikt mit einem Nachtschichtbetrieb schon in der aktuellen Lage bestehen würde. Er versteht, dass dies einen Mehraufwand bedeute, aber wenn dieser bereits jetzt nicht möglich sei, dann müsste darauf ohnehin verzichtet werden.

Herr Stolte antwortet, dass er dies nicht beantworten könne, und er nicht absehen könne, wie sich die Hafенentwicklung über die nächsten zehn Jahre vollziehe. Die Art der nächtlichen Emissionen könne noch nicht vorhergesagt werden.

AM Wisotzki sagt, dass man mit dieser Argumentation in keinem Bereich der Trave mehr eine Hafennutzung erlauben könne.

Senatorin Hagen entgegnet, dass dies nicht so vereinfacht dargestellt werden könne, da die Wohnnutzung eine besonders sensible Nutzung sei. In der Vergangenheit habe man von einer Wohnnutzung Abstand nehmen wollen, jetzt müsse aber der vorhandene Zustand geordnet werden. Wie dies erreicht werden solle, sei aber keine fachliche, sondern eine politische Entscheidung. Daher sei die Diskussion auch seitens der Verwaltung so schwierig, da man die Angelegenheit nur planungsrechtlich betrachten könne. Jetzt sei die politische Meinung gefragt.

Der Vorsitzende verweist erneut auf seine Frage bzgl. der aktuellen Möglichkeit eines Nachtschichtbetriebs, ggf. könne man sich dem Thema summarisch nähern. Weiterhin sei es so, dass nur eine Berichts- und keine Beschlussvorlage vorliege, daher werde es heute keine Lösungen geben können, sondern die Frage müsse durch die Gremien behandelt werden. Dann werde es einen Anstoß für eine Entwicklung geben.

AM Pluschkell verweist neben Siems und Herrenwyk noch auf die Siedlung Rangenberg, die ebenfalls betroffen sein könne. Die Diskussion sei immer auf die Herreninsel fokussiert gewesen, obwohl es auch in anderen Bereichen Belange gebe. So wie er die Diskussion verstanden habe, solle die Verwaltung nochmal die Immissionen überprüfen, die im Hafенbetrieb jetzt schon entstehen würden. Dazu sei auch kein großes Gutachten notwendig. Wenn sich ein großer Kreis an Betroffenen zusammenfinde, werde auch die Entscheidung klarer werden, es fehle aber noch eine logische, rechnerische Begründung.

AM Ingwersen führt an, dass bei einer Berücksichtigung weiterer Stadtteile auch Gothmund und der Lehmannkai berücksichtigt werden sollten, da dieser bereits beschlossen sei.

Der Vorsitzende fragt, wie die Entwicklung der anderen Hafenflächen geplant sei.

Herr Weiß antwortet, dass beim Lehmannkai kein Nachtbetrieb vorgesehen sei, der über die sog. seltenen Ereignisse der TA Lärm hinausgehe. Außer in Ausnahmefällen werde es dort keinen Nachtbetrieb geben.

Der Vorsitzende ergänzt seine Frage um die Herreninsel.

Herr Weiß antwortet, dass dort nicht der Lehmannkai, sondern der Seelandkai sei, der seiner Kenntnis nach auch keinen Nachtbetrieb aufweise.

AM Pluschkell fragt, ob es noch eine Rückmeldung der Verwaltung zu den jetzt schon bestehenden Immissionen geben werden.

Herr Stolte sagt dies zu.

#### **Bericht:**

Mit dem Bürgerschaftsbeschluss VO/2015/02329 wurde die Verwaltung aufgefordert, durch ein externes Gutachten prüfen zu lassen, ob die Herreninsel dauerhaft als Wohngebiet geeignet ist. Dieses Gutachten liegt nun vor.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

#### **zu 5.1.1 Wohnnutzung Herreninsel Vorlage: VO/2024/13147-03**

***Gemäß TOP 1 werden TOP 5.1 und TOP 5.1.1 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 5.1 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.***

#### **Bericht:**

Beschluss des Bauausschusses vom 01.07.2024 (VO/2024/13147-02):

Die Verwaltung wird beauftragt

1. Unabhängig von der konkreten Art der Nutzung zu prüfen, ob mit dem zu erwartenden Meeresspiegelanstieg eine längerfristige Nutzung der Herreninsel überhaupt möglich ist.

2. Unabhängig von der zukünftigen Nutzung zu prüfen, welche Maßnahmen hinsichtlich ÖPNV, Fuß- und Radverkehr ergriffen werden müssten, um eine angemessene verkehrliche Anbindung sicherzustellen.
3. Darzustellen, welche Potentiale für eine Wohn- oder Mischnutzung verglichen mit anderen Nutzungspotentialen vorliegen.
4. Darzustellen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um eine Verstetigung des Wohnens in Form eines Wohn- oder Mischgebietes zu realisieren.
5. Darzustellen, in welchem Umfang und Form Wohnbebauung auf der Herreninsel möglich ist, wenn
  - a. auf den Hafenkais am ggü. liegenden Traveufer Nachtbetrieb stattfindet,
  - b. auf/an der Herreninsel ein Hochwassersperrwerk errichtet wird,
  - c. auf/nahe des Standortes des Pumpenwerkes ein neues Klärwerk errichtet wird,
  - d. der klimabedingte Anstieg des Meeresspiegels und die zunehmenden Starkwetterereignisse berücksichtigt werden.
6. Darzustellen, in welchem Umfang andere im FNP avisierte Flächen für Wohnungsneubau die Anforderungen einer nachhaltigen Stadt(innen-)entwicklung besser erfüllen, indem dort die angestrebte Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs durch kürzere Wege zu Kitas, Schulen, Sport- und Freizeitangeboten, medizinischer Versorgung, Einzelhandel, Gastronomie und Bahnverkehr umfangreicher ermöglicht wird (15-Minuten-Stadt).
7. Im Rahmen der Entwicklung des FNP der Bürgerschaft die erforderlichen Informationen entsprechend der vorliegenden (und ggf. weiteren erforderlichen) Betrachtungen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, um eine qualifizierte politische Entscheidung zu ermöglichen.
8. Im Rahmen der Entwicklung des FNP der Bürgerschaft alle weiteren Gebiete mit ähnlichen (potentiellen) Nutzungskonflikten transparent mit Optionen darzustellen.

Die Verwaltung möge außerdem prüfen:

Der Bürgermeister lässt einen Bebauungsplan für die Herreninsel erarbeiten, der das Wohnen in Tiny Häusern sowie zum Wohnen ausgebauter „Bau-/ Zirkuswagen“ ermöglicht. Im Sinne eines Wohnprojekts soll sich die Planung an gemeinwohlorientierten Strukturen orientieren, wie z.B. gemeinschaftlich genutztes Wasch- und Küchenhaus sowie (Gemüse-) Gärten.

Antrag in der Sitzung der Bürgerschaft am 30.05.2024 (VO/2027/13147-01):

Der Bürgermeister lässt einen Bebauungsplan für die Herreninsel erarbeiten, der das Wohnen in Tiny Häusern sowie zum Wohnen ausgebauter „Bau-/ Zirkuswagen“ ermöglicht. Im Sinne eines Wohnprojekts soll sich die Planung an gemeinwohlorientierten Strukturen orientieren, wie z.B. gemeinschaftlich genutztes Wasch- und Küchenhaus sowie (Gemüse-) Gärten.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2 5. Regionaler Nahverkehrsplan - Verkehrswendeszenario  
Vorlage: VO/2024/13415**

**Gemäß TOP 1 werden TOP 3.2, TOP 3.3, TOP 4.1 und TOP 5.2 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.2 wiedergegeben, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.**

**Bericht:**

Derzeit wird der 5. Regionale Nahverkehrsplan (RNVP) erstellt und in den politischen Gremien behandelt. Dieser schreibt den 4. RNVP nur zum Teil fort, entwickelt ihn aber in einem Kernpunkt auch komplett neu – nämlich dem Busliniennetz. Es soll hierdurch der Weg frei gemacht werden für fundamentale Verbesserungen im ÖPNV. Dies soll insbesondere durch sogenannte „Pull-Maßnahmen“ erfolgen – also Maßnahmen, die durch verbesserte Angebote Menschen dazu bewegen, den Umweltverbund stärker als bisher zu nutzen. Dazu wurden in den letzten Jahren bereits erste Schritte umgesetzt, wie z.B. die Anbindung des Bahnhaltdepot Moising, die Einführung des „Lübeck-Takts“ auf einigen ausgewählten Hauptrelationen oder die Angebotserweiterung der Linie 40 entlang der Lübecker Bucht.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Evaluation zum Verkehrsversuch Fackenburger und Krempelsdorfer Allee  
Vorlage: VO/2024/13439**

Hierzu reden AM Frings, Herr Stödter, AM Ramcke und Herr Johannsen.

**Bericht:**

Der Verkehrsversuch „Gute Mobilität für Alle“, der vom Juli 2022 bis März 2023 in der Fackenburger Allee und Krempelsdorfer Allee durchgeführt wurde, soll mit diesem Bericht ausgewertet werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.4 Der Verkehrsversuch als modernes Instrument der Verkehrsplanung und Testraum für die Mobilitätswende  
Vorlage: VO/2024/13504**

Hierzu redet AM Pluschkell.

**Bericht:**

Antrag des AM Thomas Markus Leber (FDP) im Bauausschuss am 21.02.2022 (VO/2022/10845):

„Gleich mehrere in jüngster Zeit von der Verwaltung initiierte Verkehrsversuche wurden im Ausschuss, aber auch in der Öffentlichkeit zum Teil kontrovers diskutiert.

Grund genug dieses mit der Novellierung der Straßenverkehrsordnung am 28.04.2020 gestärkte Instrument der modernen Verkehrsplanung in Form eines Berichtes vorstellen.

Der Bürgermeister wird gebeten bis zum Sommer das Instrument des Verkehrsversuches in Form eines Berichtes dem Ausschuss und damit der breiten Öffentlichkeit vorzustellen.

Ziel ist es ein gemeinsames Verständnis für dieses wichtige Instrument der modernen Verkehrsplanung zu entwickeln.

Folgende Punkte sollten berücksichtigt werden:

- Was ist ein Verkehrsversuch?
- Auf welcher rechtlichen Grundlage kann ein Verkehrsversuch angeordnet werden?
- Welche Ziele werden mit einem Verkehrsversuch verfolgt?
- Was sind die zentralen Bestandteile eines Verkehrsversuches?
- Was unterscheidet den Verkehrsversuch von anderen Maßnahmen der Verkehrsplanung?
- Was sind die wichtigsten Argumente für den Verkehrsversuch? Welche Chancen eröffnet er?
- Welche Bedeutung hat die Beteiligung von verschiedenen Akteurs- und Interessengruppen für den Prozess?
- Welche Bedeutung hat die Kommunikation als Form der Einbindung aller Beteiligten für den Prozess? Wie wird die Kommunikation geplant und umgesetzt?
- Welche Akteursgruppen werden idealerweise mit welchem Vorlauf und auf welche Weise informiert bzw. zu ihren Anliegen angehört? Wie werden wichtige Multiplikatoren (aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft) in die Umsetzung eingebunden?

- Wie könnte ein Rahmenprogramm zu einem Verkehrsversuch idealerweise aussehen? Welche Veranstaltungen sind im Vorfeld, sowie im laufenden Prozess sinnvoll?
- Welche Bedeutung haben Widerstände für den Prozess? Wie ist mit ihnen umzugehen?
- Was sind die zentralen Meilensteile eines Verkehrsversuches?
- Wie kann ein Verkehrsversuch finanziert werden?
- Wer koordiniert die infrastrukturellen Veränderungen?
- Wie werden Rettungswege, Krankentransporte, Lieferverkehre berücksichtigt?
- Wie werden Interessen der Anwohner und Anlieger berücksichtigt, zum Beispiel im Hinblick auf Erreichbarkeit und alternative Parkmöglichkeiten?
- Wie wird der Planungsverlauf kontrolliert?
- Wie wird der Verkehrsversuch dokumentiert?
- Wie wird der Verkehrsversuch evaluiert?
- Was folgt aus dem Verkehrsversuch? Wie geht mit der Thematik weiter?
- Wie können die Ergebnisse für die örtliche Politik aufbereitet und genutzt werden?“

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.5 Beteiligung feste Fehmarnbelt-Hinterlandanbindung**  
**Vorlage: VO/2024/13553**

**Bericht:**

Planfeststellungsverfahren zum Vorhaben ABS/NBS Hamburg – Lübeck – Puttgarden (Hinterlandanbindung FBQ), Planfeststellungsabschnitt Lübeck sowie für das Vorhaben „Lärmschutzwände (LSW) Lübeck-Moisling Großprojekt Schienenanbindung Fehmarnbeltquerung“

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.6 Anbindung der nördlichen Altstadt während der Baumaßnahme Beckergrube  
Vorlage: VO/2024/13316**

**Gemäß TOP 1 werden TOP 5.6 und TOP 6.4.4 gemeinsam behandelt. Wortbeiträge zu diesen TOP lagen keine vor, die Abstimmungsergebnisse sind unter dem jeweiligen TOP dargestellt.**

**Bericht:**

Voraussichtlich ab September 2024 wird die obere Beckergrube aufgrund von Bauarbeiten vollgesperrt, sodass die dort verkehrenden Buslinien umgeleitet werden müssen. Während die nördliche und nordwestliche Altstadt über die Relation ZOB – Königstraße – Koberg – Gustav-Radbruch-Platz nach wie vor in dichtem Takt erschlossen werden kann, entstehen Erschließungsdefizite für die Relation Gustav-Radbruch-Platz – Koberg – Breite Straße – ZOB.

Der ÖPNV-Aufgabenträger hat zusammen mit SWL Mobil als Verkehrsunternehmen und anderen betroffenen Abteilungen der Verwaltung verschiedene Varianten der Erschließung geprüft. Dieser Bericht soll die Vor- und Nachteile sowie die Umsetzungsperspektiven der verschiedenen Varianten aufzeigen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

**zu 6.1 Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

**zu 6.1.1 Antworten zu offenen Anfragen zum Haushalt 2025**

Die offenen Fragen zum Haushalt aus den Sitzungen des Bauausschusses sind in der Anlage 1 der Vorlage VO/2024/13494-02 unter der Ziffer 5 ff. aufgeführt.

Die Vorlage wurde in der Hauptausschusssitzung am 24.09.2024 und der Bürgerschaftssitzung am 26.09.2024 behandelt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

## zu 6.2 Neue Anfragen

### zu 6.2.1 AM Ruben Meyer BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Sachstand Überarbeitung Erhaltungssatzungen Vorlage: VO/2024/13602

#### Anfrage:

Wie ist der Stand zu VO/2023/11897? Dazu sollten bis April 2024 Vorschläge für Entwürfe der Erhaltungssatzungen vorgelegt werden.

Die Vorlage [VO/2023/11897](#) zielt auch auf die Vereinfachung von energetischen Sanierungsmaßnahmen. Im Zusammenhang hiermit liegt in manchen Stadtgebieten auch der Beschluss [VO/2023/12449](#), nach dem Maßnahmen ergriffen werden sollen, die in diesem Sinne einen erweiterten Ausbau oder Nutzung der regenerativen Energien ermöglichen sollen.

1. Wie viele PV-Anlagen sind seit 2020 pro Gebiet mit bestehender Erhaltungssatzung beantragt worden?
2. Wie viele davon wurden genehmigt?
3. Gibt es verwaltungsinterne Kriterien zur Genehmigung/Ablehnung von PV-Anlagen, da die Erhaltungssatzungen sehr allgemein formuliert sind?
  - a. Wenn ja, wie lauten diese?
  - b. Wenn ja, sind diese Kriterien seit Inkrafttreten des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 ("EEG") angepasst worden?  
*Der Gesetzgeber hat der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien ein überragendes öffentliches Interesse zugewiesen*
  - c. Wenn nein, wie wird die Gleichbehandlung der Antragsteller sichergestellt?
  - d. Wenn nein, sind die Mitarbeiter geschult worden oder ist es geplant, um die neue Gesetzeslage umzusetzen?
4. Welche B-Pläne wurden nach dem Beschluss [VO/2023/12449](#) aktiv überarbeitet?

#### Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.2 Anfrage des AM Thomas Jahn (Unabhängige Volt-PARTEI): Geh- und Radverkehr von der Stadtgrabenbrücke in die Innenstadt  
Vorlage: VO/2024/13610**

**Anfrage:**

1. Welche Maßnahmen sind in Verbindung mit der neuen Stadtgrabenbrücke geplant, um den Fuß- und Radverkehr sicher in die Innenstadt zu leiten?
2. Ist eine Trennung der Bereiche zwischen Fußverkehr und Radverkehr im Umfeld der MUK, auf der Holstenhafenbrücke oder im Bereich der Pfaffenstraße geplant?
3. Welche weiteren Planungen gibt es, um dem Radverkehr eine leistungsfähige Verbindung zur Querung der Altstadt anzubieten?

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.3 Anfrage AM Pluschkell: Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge  
Vorlage: VO/2024/13611**

**Anfrage:**

Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge

Im Bericht „Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge“ (VO/2022/10980) erklärt die Bauverwaltung u.a.: „Die Hansestadt Lübeck wird daher in den kommenden Monaten und Jahren aktiv den bedarfsgerechten Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur voranbringen.“

Dieses vorausgeschickt, frage ich wie folgt:

1. Was hat die Bauverwaltung seit Erstellung des Berichts unternommen, um den Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur voranzubringen?

2. Wann wurde das von der Verwaltung beabsichtigte Elektromobilitätskonzept beauftragt? Seit wann liegt es vor? Was sind die wesentlichen Punkte des Konzepts? Wann wird es dem Bauausschuss zur Kenntnis gebracht?
3. Wie hat sich der Bestand der öffentlich zugänglichen Ladepunkte im öffentlichen Raum seit dem Jahr 2022 entwickelt? Wie hat sich der Bestand der öffentlich zugänglichen Ladepunkte auf privaten Flächen seit dem Jahr 2022 entwickelt?
4. Wie viele Anträge auf Errichtung von öffentlich zugänglichen Ladepunkten lagen der Verwaltung zum Jahresbeginn 2024 vor oder wurden im Zeitraum Januar bis September 2024 bei der Verwaltung gestellt? Wie viele Ladepunkte wurden beantragt? An welchen Orten sollen diese Ladepunkte errichtet werden? Wer sind die Antragsteller? Wann wurden bzw. werden die entsprechenden Genehmigungen erteilt? Welche Anträge wurden abgelehnt? Was waren die Gründe für eine Ablehnung?

Bei der Beantwortung der Fragen gemäß Punkt 4 bitte ich um Beachtung von § 16 (2) i.V.m. § 34 (1) der Geschäftsordnung der Lübeck Bürgerschaft.

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.4 BM Oliver Prieur (CDU): Wasseransammlung unter der Fahrbahn der Eisenbahntrassenunterführung in der Kronsfordter Allee**  
**Vorlage: VO/2024/13624**

**Anfrage:**

Bürgerinnen und Bürger weisen auf ein wiederkehrendes Problem in der Eisenbahntrassenunterführung in der Kronsfordter Allee hin: Bei stärkerem Regenfall kommt es regelmäßig zu Wasseransammlungen auf der Fahrbahn, die den Verkehrsfluss stark beeinträchtigen und eine potentielle Gefahr für Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer darstellen.

Ich bitte um Information, ob es möglich ist, die derzeitige Entwässerung in diesem Bereich zu ertüchtigen oder entsprechend Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserableitung zu ergreifen, um das Problem der Wasseransammlung zukünftig zu verhindern.

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.5 Anfrage des AM Frings (UVP): Nachfrage zur Antwort der Verwaltung auf Anfrage zur Investitionsliste des Haushaltsentwurfs 2025**

**Anfrage:**

Nachfrage zur Antwort der Verwaltung auf Anfrage zur Investitionsliste des Haushaltsentwurfs 2025

Hier: – Invest.-Nr. 552001537 - Skandinavienkai/Bahnhof Gewerbegebiet Nord:

Die Antwort geht leider nicht ganz auf die gestellte Frage ein. Deshalb die Bitte, die umformulierten nachstehenden Fragen zu beantworten:

1. Die bisherige Planung für den Skandinavienkai wurde ohne Berücksichtigung der Effekte aus der Fertigstellung der FFbQ erstellt. Diese sind von erheblichem Einfluss auf geplante Investitionen am Standort und deren Rentabilität. Wann beabsichtigt die LPA die Planung zu aktualisieren und die zu erwartenden Auswirkungen einzubeziehen?
2. Die in der Antwort erwähnte Verkehrsprognose im Masterplan Skandinavienkai wurde bereits 2018/2019 erstellt. Um die Entwicklung seit dieser Zeit beurteilen zu können, bitten wir für die Geschäftsfelder PKW-Neufahrzeuge und Stückgut am Skandinavienkai um Angabe des Jahres und der Basis-Istwerte, die den Ausgangspunkt für die Prognose gebildet haben, sowie um die Istwerte dieser Geschäftssegmente per Ende 2023.

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 6.2.6 Anfrage des AM Pluschkell (SPD & FW): Haushaltsmittel für die Sandbergbrücke**

**Anfrage:**

AM Pluschkell fragt, wofür genau die Mittel vorgesehen seien, die im Haushalt 2025 für die Sandbergbrücke eingestellt seien.

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

<b>zu 6.2.7 Anfrage des AM Prieur (CDU): Abflussleitung Beckergrube</b>
---

**Anfrage:**

AM Prieur sagt, dass er von Anliegern der Beckergrube gehört habe, dass diese mit ihren Kellern Probleme hätten, da die Abflussleitungen zu klein seien. Die Leitungen sollen neu gemacht werden, aber es sei wohl nicht vorgesehen, die Abflussleitungen zu vergrößern. Er wolle wissen, wie damit umgegangen werden solle.

**Zwischenantwort:**

Es wird zugesagt, die Anfrage an die EBL weiterzugeben.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

<b>zu 6.2.8 Anfrage des AM Ramcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ladepunkte für e-Autos</b>
---

**Anfrage:**

AM Ramcke berichtet, dass es Ladepunkte für eAutos gebe, die bereits errichtet seien, aber noch nicht im Betrieb wären, bspw. am Amtsgericht und an der Falkenstraße. Er wolle wissen, warum diese noch nicht im Betrieb seien.

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

### zu 6.2.9 Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Ladekarten für Ladesäulen

#### Anfrage:

AM Dr. Brock sagt, dass er gehört habe, dass Auswärtige häufig Schwierigkeiten hätten, ihre Autos an den Stadtwerke-Ladepunkten zu laden, da diese nicht mit gängigen Apps zu bedienen seien, sondern nur mit speziellen Apps, und fragt, ob diesbezüglich etwas unternommen werden könne.

#### Zwischenantwort:

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

### zu 6.2.10 Anfrage von AM Pluschkell (SPD & FW): Fragen und Anregungen zur Stellplatzsatzung

#### Anfrage:

1. Die Standardvorgaben der LBO für die Errichtung von Stellplätzen und Garagen dürfen nicht unterschritten werden.
2. Abweichungen von den LBO-Standardvorgaben im Rahmen des Ermessens (z.B. Absenkung der Stellplatzzahlen wegen guter ÖPNV-Anbindung) sind im Einzelfall durch den Bauausschuss zu beschließen.
3. Was ist eine günstige ÖPNV-Anbindung (Entfernung zur Haltestelle, Taktung, Anzahl der Linien, Verkehr in Tagesrandlagen usw.)? Warum betrachtet die Verwaltung den Anschluss an eine einzige Bus-Linie im 20 Minuten-Takt als „sehr gut“?
4. Die Anzahl der Stellplätze ergibt sich aus der GFZ, mindestens jedoch je Wohneinheit (0,7 Stellplätze pro 30 m<sup>2</sup> (= bis 59 m<sup>2</sup> → 0,7 Stellplätze, bis 89 m<sup>2</sup> → 1,4 Stellplätze, bis 119 m<sup>2</sup> → 2,1 Stellplätze).
5. Ist eine Zoneneinteilung mit Ausnahme der Altstadt in Lübeck und im Ortsteil Trave-  
münde notwendig?

6. Warum sollen für Sozialwohnungen nur 0,3 Stellplätze berechnet werden, während das Land SH in den Förderstandards der sozialen Wohnraumförderung 0,7 Stellplätze festgelegt hat?
7. Gibt es in Lübeck ein kommunales Mobilitätskonzept, z.B. in Form des VEP?
8. Ist in der Satzung geregelt, dass es je Wohneinheit mindestens einen Fahrradabstellplatz gibt, der als sicher gilt (z.B. Fahrradgarage/-box)?
9. Was verleitet die Verwaltung zu der Behauptung, dass durch den Bau von Wohnungen Verkehrs ausgelöst wird (S. 3 + 5)?
10. Wie sollen die Ablösebeiträge künftig berechnet werden, insbesondere unter Einbeziehung der Kosten (Grunderwerb, Bau) für die im öffentlichen Raum bereitgestellten Park-/Stellplätze?
11. Alle neu zu genehmigenden Stellplätze sind mit e-Ladestationen auszustatten. Über begründete Ausnahmen entscheidet der Bauausschuss.
12. Bei der Festsetzung von Stellplätzen für Einfamilienhäuser sollte die Größe/Ausgestaltung der Häuser maßgeblich (EFH mit Einliegerwohnung? Tiny House?).
13. Welche Erfahrungen gibt es mit qualifizierten Mobilitätskonzepten bezüglich realer Stellplatzeinsparungen?
14. In welcher Form sollen Bahnhöfe und Bahnhaltepunkte bei der Berechnung von Stellplätzen Berücksichtigung finden?
15. Im Jahr 2018 besaß im Durchschnitt jeder Haushalt 0,73 Pkw. Wie hoch ist der Bestand heute?
16. Eine Stellplatzsatzung soll durch die Sicherstellung ausreichenden Parkraums auf Privatflächen den Druck auf öffentliche Verkehrsflächen reduzieren.
17. Wo und wie ist in der LBO geregelt, dass Kommunen ohne Stellplatzsatzung für nicht errichtete Stellplätze, die aber in einem B-Plan oder einer Baugenehmigung festgesetzt wurden, keine Ablösebeträge erheben dürfen?
18. Können in B-Plänen von einer Stellplatzsatzung abweichende Festsetzungen für Stellplätze getroffen werden?

**Zwischenantwort:**

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

### **zu 6.3 Mitteilungen des Vorsitzenden und der Fachbereichsleitung**

### **zu 6.4 Sonstige Mitteilungen**

#### **zu 6.4.1 Mündliche Mitteilung (5.660): Zustandserfassung der Straßen**

Herr Ulmer stellt das Thema anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist vor.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Prieur, Herr Ulmer, AM Ramcke, Senatorin Hagen, AM Ingwersen und AM Frings.

Herr Ulmer sagt auf Nachfrage zu, dem Bauausschuss eine Liste zukommen zu lassen, in der die Straßen aufgeführt sind, die nach dem Masterplan Straßen saniert werden sollten, und die Straßen, die seitdem tatsächlich saniert worden sind.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **zu 6.4.2 Mündliche Mitteilung (5.000.1): Kronsforder Landstraße**

Herr Schill stellt das Thema anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist vor.

Hierzu reden der Vorsitzende, Frau Kempke, die vom Bauausschuss Rederecht erhalten hat, AM Schöler und Senatorin Hagen.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **zu 6.4.3 Mündliche Mitteilung: Stand der Planungen für das Parkhaus auf der mittleren Wallhalbinsel**

Herr Schröder sagt zu, dass sein Bereich einen schriftlichen Zwischenbericht erstelle und diesen bis Ende des Jahres dem Bauausschuss vorlege.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **zu 6.4.4 Mündliche Mitteilung: Anbindung der nördlichen Altstadt während der Bau- maßnahme Beckergrube**

***Gemäß TOP 1 werden TOP 5.6 und TOP 6.4.4 gemeinsam behandelt. Wortbeiträge zu***

**diesen TOP lagen keine vor, die Abstimmungsergebnisse sind unter dem jeweiligen TOP dargestellt.**

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **zu 6.4.5 Mündliche Mitteilung: Verkehrsführung an Berliner Platz und Lindenteller**

Herr Dreilich berichtet zur aktuellen Lage. Aufgrund von Unfällen habe die Verwaltung am Berliner Platz handeln müssen und deswegen Markierungen vorgenommen. Es handle sich hierbei aber nicht um einen Vorgriff auf den späteren Ausbau. Die Planungen hierzu könnten in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden. Er verweise aber auf die Abhängigkeit der Maßnahme von den Maßnahmen am Mühlenteller und der Mühlentorbrücke. Diese Maßnahmen könnten nicht gleichzeitig durchgeführt werden. Er könne hierzu auch noch schriftlich eine Darstellung dem Bauausschuss zur Verfügung stellen.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, der Vorsitzende, Herr Dreilich und AM Pluschkell.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

AM Sellerbeck verlässt die Sitzung.

#### **zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

##### **zu 7.1 Antrag des AM Dr. Brock (CDU): Hotelentwicklung Altstadt Holstenstraße (ehemals Karstadt Sport)**

*Gemäß TOP 1 zurückgestellt.*

##### **zu 7.2 Antrag des AM Dr. Brock (CDU): Hotelentwicklung Königstraße 44-46**

*Gemäß TOP 1 zurückgestellt.*

#### **zu 8 Verschiedenes**

Es liegt nichts vor.

#### **zu 9 Ende des öffentlichen Teils**

Der Vorsitzende schließt um 19:10 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 19:13 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Es wird um die Anwesenheit von Herrn Schröder (5.610) gebeten.  
*Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.*

<b>zu 15      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse</b>
---

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst habe.

Er beendet die Bauausschusssitzung um 19:27 Uhr.

Lübeck, den 17. Dezember 2024

Dr. Ulrich Brock  
Vorsitzende/r

Wilk Wendorff  
Protokollführung